

„Geschäftsmodell Deutschland“: Wurzel allen Übels?



Dr. Götz Zeddies

Die vergangenen zwei Jahrzehnte waren, insbesondere durch die Integration der asiatischen Schwellenländer sowie der mittel- und osteuropäischen Transformationsländer in die Weltwirtschaft, durch eine erhebliche Ausweitung der internationalen Arbeitsteilung gekennzeichnet. Dieser Globalisierungsprozess ging jedoch weltweit mit einer Zunahme der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte einher.

Auch in der Europäischen Union konnten Länder wie Deutschland, Schweden und die Niederlande im Laufe der Jahre immer höhere Exportüberschüsse erzielen. Dagegen belief sich im Jahr 2008 das spanische Leistungsbilanzdefizit auf fast 10%, das portugiesische auf ungefähr 12% und dasjenige Griechenlands auf gar 14% des Bruttoinlandsprodukts. Der in der Wirtschafts- und Finanzkrise beobachtete Trend zum Abbau der Ungleichgewichte hat sich in den vergangenen Monaten nicht fortgesetzt, steigt doch der Exportüberschuss Deutschlands und anderer Länder seit einigen Monaten bereits wieder deutlich an.

Angesichts dieser Entwicklungen wird insbesondere Deutschland, auch vor dem Hintergrund der aktuellen Eurokrise, zunehmend mit dem Vorwurf konfrontiert, durch zu geringe Lohnsteigerungen seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten anderer Länder verbessert und dadurch wesentlich zum Aufbau der Ungleichgewichte beigetragen zu haben. Mittlerweile wird im exportorientierten „Geschäftsmodell Deutschland“ gar eine Gefahr für die europäische Gemeinschaftswährung gesehen. Eine differenzierte Beurteilung außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte sowie die Ableitung wirtschaftspolitischer Empfehlungen zu ihrem Abbau setzt jedoch zunächst eine detaillierte Ursachenanalyse voraus.

Theoretisch lässt sich der Leistungsbilanzsaldo aus der Identitätsgleichung für den Gütermarkt ableiten. Danach wird der Saldo der Leistungsbilanz durch die Differenz zwischen gesamtwirtschaftlicher (privater und staatlicher) Ersparnis und privaten Investitionen erklärt. In den Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben sich insbesondere die Ersparnisse in den zurückliegenden Jahren sehr heterogen entwickelt. Folglich muss eine Ursachenanalyse für die Leistungsbilanzungleichgewichte in der EU bei den Determinanten der Ersparnisse ansetzen.

Die Höhe der privaten Ersparnis ergibt sich zum einen aus dem Sparpotenzial einer Volkswirtschaft, welches der Theorie zufolge von Höhe und Wachstum des Pro Kopf-Einkommens, der Einkommensverteilung und der Bevölkerungsstruktur abhängig ist. Zum anderen wird die gesamtwirtschaftliche Ersparnis durch die Sparbereitschaft der Wirtschaftssubjekte bestimmt. Letztere könnte etwa über den realen Zinssatz, die Inflationsrate, die Funktionsfähigkeit des Banken- und Finanzsystems sowie über den realen effektiven Wechselkurs erklärt werden.

Eine Paneldatenanalyse für insgesamt 18 Mitgliedstaaten zeigt (siehe *cege*-Diskussionspapier Nr. 110), dass die privaten Ersparnisse in der EU nur zum Teil durch die aus der ökonomischen Theorie abgeleiteten Determinanten erklärt werden können. Dies gilt insbesondere für die Bestimmungsfaktoren des Sparpotenzials. Eine genaue Datenanalyse offenbart, dass insbesondere die südeuropäischen Leistungsbilanzdefizitländer deutlich weniger Ersparnisse bilden, als aufgrund der Höhe und des Wachstums ihrer Pro Kopf-Einkommen, der Einkommensverteilung und der Bevölkerungsstruktur typisch wäre. Ein umgekehrtes Bild ergibt sich für die Leistungsbilanzüberschussländer Deutschland, Schweden, Österreich und die Niederlande: Diese zeichnen sich durch eine übermäßig hohe Sparneigung und eine dementsprechend geringe Ausgabenneigung aus. Neben der privaten Ersparnis ist auch die Haushaltsdisziplin der öffentlichen Hand in den Leistungsbilanzdefizitländern deutlich schwächer ausgeprägt als in den Überschussländern, in denen die Haushaltskonsolidierung in den zurückliegenden Jahren teilweise deutlich vorangeschritten ist.

In der öffentlichen Diskussion werden häufig allein die divergierenden Lohnentwicklungen als Ursache der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte genannt. Insbesondere Deutschland wird zunehmend zu einer Abkehr von der exportorientierten Politik hin zu einer Stärkung der Binnen- nachfrage aufgefordert. Die empirischen Analysen zeigen jedoch, dass die realen effektiven Wechselkurse (auf Lohnstückkostenbasis) zwar eine signifikante, aber eben nur *eine* der erklärenden Variablen der Leistungsbilanzsalden der EU-Mitgliedstaaten darstellen. Zudem zeigt sich, dass die Lohnstückkosten in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren nur leicht gesunken, in den Leistungsbilanzdefizitländern Griechenland, Italien, Spanien und Ungarn dagegen deutlich gestiegen sind. Auch haben sich die Lohnstückkosten in einigen anderen EU-Mitgliedstaaten noch günstiger entwickelt als in Deutschland.

Die Ursachen der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in der EU sind den Analysen zufolge also recht vielschichtig. Folglich wären die an Deutschland gerichteten Forderungen, die moderate Lohnpolitik zu beenden, allein nicht zielführend. Zudem müsste dann den Defizitländern gleichermaßen Lohnzurückhaltung abverlangt werden, um den teilweise über 20%-igen Lohnstückkostenanstieg der letzten zehn Jahre wieder auszugleichen. Neben der Lohnpolitik böte sich für die süd- und osteuropäischen Länder ein Abbau der Leistungsbilanzdefizite durch eine stärkere Ausschöpfung der Sparpotenziale an, da diese Länder seit Jahren über ihre Verhältnisse leben. Demgegenüber sollte in den Leistungsbilanzüberschussländern auf eine Steigerung der Ausgabenneigung hingewirkt werden. Überhöhte Lohnsteigerungen sind hierfür jedoch der falsche Weg. Stattdessen sollte dies durch eine vertrauensenerweckende Politik, die auch auf den Erhalt bzw. die Verbesserung der Standortattraktivität abzielt und somit die Investitionstätigkeit anregt, erfolgen.

Dr. Götz Zeddies
Institut für Wirtschaftsforschung, Halle